

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2015

Nr.10 · 11. Jahrgang

Potsdam – menschlich und solidarisch

Gedanken zum „8. Potsdamer Fest für Toleranz“ im Ortsteil Groß Glienicke/Von Sascha Krämer

In den letzten Tagen hat sich in Potsdam eine noch nie dagewesene Solidarität gezeigt. Die Menschen in dieser Stadt haben bewiesen, dass Angst, Vorurteile und Hass keinen Platz haben, wenn man anpackt und Willkommenskultur lebt. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer brauchen weiterhin jede Unterstützung, die sie bekommen können. Wir können und müssen jeden Menschen aufnehmen, der aus Armut, Krieg und Gewalt zu uns kommt und ein sicheres Leben sucht. Richtige oder falsche Flüchtlinge gibt es nicht!

Niemand soll in diesem Land in Angst leben, egal woher er kommt oder wohin er geht. Dieses Signal ging auch vom 8. Toleranz-Fest am 19. September aus. Die Stadtgesellschaft hat unter dem Motto „Grenzen überwinden – gemeinsam Zukunft gestalten!“ ein starkes Zeichen für eine menschliche und solidarische Willkommenskultur in Potsdam gesetzt!

Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern uns alle kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unserer Stadt so wichtige Ziel ist noch nicht überall gelebte Realität. Rechtes Gedankengut, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind An-



griffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die große Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung.

Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden, um die dauerhafte Integration von Menschen zu erleichtern. Auch

wenn die aktuelle Situation schwierig zu bewältigen ist, wird es Zeit, über Lösungen nachzudenken, wie wir den zu uns kommenden Menschen eine dauerhafte Perspektive jenseits von Containeranlagen und Sammelstellen bieten können.

Weltoffenheit, Toleranz und Voneinanderlernen können sich nur im Miteinander entwickeln. Deswegen müssen wir für Flüchtlinge den Weg in unsere Gesellschaft ebnen und ihnen umfassende Teilhabe ermöglichen!



Seit September ruft DIE LINKE mit ihrer Kampagne „Das muss drin sein.“ dazu auf, gemeinsam gegen Leiharbeit und Befristungen aktiv zu werden. Mit hunderten Aktionen vor Berufsschulen und Betrieben werden insbesondere junge Menschen auf unsichere Berufsperspektiven angesprochen. DIE LINKE.Potsdam beteiligt sich und sammelt Unterschriften gegen Befristungen und Leiharbeit.

DIE LINKE nimmt im Herbst mit der Kampagnenphase „Befristung und Leiharbeit stoppen!“ die Berufsperspektiven junger Menschen genauer in den Blick. Denn während sich die Bun-

desregierung in wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen sonnt, hangeln sich vor allem junge Menschen von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. „Es wird Zeit, ausufernde Befristungen zu stoppen“, so Kreisvorsitzender Sascha Krämer. Mit einer bundesweiten Unterschriftensammlung gegen Befristung und Leiharbeit stellt DIE LINKE ab Herbst sichere Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für alle in den Mittelpunkt. „Wir treten ein für ein Gesetz gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit. Beim Mindestlohn haben wir bewiesen, dass es sich

lohnt, einen langen Atem zu haben. Jetzt wollen wir zunächst unsere Forderungen in die Öffentlichkeit bringen“, so Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Bundesweit sammelt DIE LINKE deshalb seit dem 1. September bis Mitte nächsten Jahres sowohl mit Postkarten und Unterschriftenlisten als auch online Unterschriften gegen Befristung und Leiharbeit. „Jede und jeder kann unterschreiben: an unseren Infoständen, im Internet unter www.das-muss-drin-sein.de oder bei uns in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Dortustraße 53“, lädt Sascha Krämer ein.

Mehr Informationen zur Kampagne „Das muss drin sein.“:

Unterschreiben gegen Befristung und Leiharbeit hier: www.das-muss-drin-sein.de

Alle Termine zur Kampagne hier: www.die-linke.de/nc/kampagne/termine/
Fragen stellen hier: das-muss-drin-sein@die-linke.de

Per Post hier: DIE LINKE, „Das muss drin sein.“, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

In dieser Ausgabe

DIE ZWEITE SEITE

- 2 Herzlichen Glückwunsch zum 102. für Charlotte Lux, der ältesten Genossin in unserem Kreisverband

LINKS INFORMIERT/KOMMENTIERT

- 3 Bewegendes Fest am Schlaatz/Argumentationshilfen PRO – CONTRA Flüchtlinge/Herzliches Willkommen/Infos zur neuen Erstaufnahmeeinrichtung

KALENDERBLÄTTER

- 4 Aktuell: Zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit

LINKS IM RATHAUS

- 5 Im Wettbewerb mit dem Umland/Neue Schulsozialarbeiter/Dauerkleingärten

POTSDAM MITTE/NÖRDLICHE ORTSTEILE



- 6/7 Gelungenes Dorffest in Groß Glienicke/„8. Potsdamer Toleranzfest“/Breites Bündnis gegen AfD-Demo/Rückblick Sommerfest der LINKEN

Informationen der Redaktion:

Die PaS vom November 2015 erscheint am Dienstag, 3. November. Im Mittelpunkt stehen in dieser Ausgabe „Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz“. Redaktionsschluss ist am 19. Oktober.

Die Redaktion

Das lange Leben der ältesten Potsdamer Linken

Zum 102. Geburtstag von Charlotte Lux – notiert von Christa Kikels

Charlotte Lux wurde vor dem 1. Weltkrieg 1914 - 1918 am 13. September 1913 in Berlin-Charlottenburg ungewollt geboren, und ihre Mutter verschenkte sie sofort per Annonce in der Berliner Morgenpost. Ein kinderloses junges Ehepaar nahm sie auf und sie teilten das Wenige, was vorhanden war, mit ihr. Sie hatte trotz Armut in dieser Arbeiterfamilie ein umsorgtes Kinderdasein und absolvierte die Schule mit sehr guten Noten.

Am Ende der achten Klasse erhielt sie die Jugendweihe, die 1927 erstmals in Berlin durchgeführt wurde. Der Schauspieler und Sänger Ernst Busch hielt die Festrede. Dabei erlebte sie eine

schockierende Überraschung, denn sie wurde mit ihrem Geburtsnamen „Hehler“ aufgerufen und erfuhr in diesem Zusammenhang, dass sie ein Pflegekind war. Interessant war für Frau Lux die Information, dass ihre leibliche Oma oder Uroma damals bereits ein biblisches Alter von 101 Jahren erreicht hatte. Das sprach doch für sehr gute Gene.

Frau Lux erzählte: „Mit 14 Jahren trug ich die „Berliner Morgenpost“ aus, um Geld zu verdienen und eine private Handelsschule besuchen zu können. Diese schloss ich mit sehr guten Noten ab und bekam anschließend sofort eine Beschäftigung bei einer amerikanischen Firma und später bei Telefunken. Ich zog in die Nähe meiner Arbeitsstelle, also vom Prenzlauer Berg in das westliche Berlin. So wohnte ich ab meinem 20. Lebensjahr (1933) in einem eigenen Zimmer zur Untermiete. In dieser Zeit lernte ich meinen späteren Mann, einen gebürtigen Hamburger, kennen. Er war Thälmann-Anhänger, also Kommunist. Durch ihn wurde ich an die Politik herangeführt und erkannte, dass es unter den Kommunisten nicht nur Krawallmacher gab, wie man es damals der Partei nachsagte, sondern viele vernünftige Leute.“

1941/42 wurde ich von Telefunken für ein halbes Jahr nach Italien delegiert und arbeitete dort in Neapel. Wir wollten heiraten, doch ich konnte keinen Nachweis der arischen Abstammung erbringen, da ich keine Verbindung zu meinen leiblichen Eltern hatte. Das war aber die Voraussetzung für eine Heirat, denn es sollten sich nur „reine Arierfamilien“ fortpflanzen dürfen. Ein Standesbeamter in Moabit half uns. Er vollzog auf eigene Gefahr am 25.07.1942 unsere Eheschließung, auch ohne diese



Nachweise. Nun konnte ich zu meinem Mann nach Grunewald ziehen, und wir wohnten dort in der Nähe des Bahnhofes.“

Von ihrer Wohnung aus musste sie miterleben, wie auf dem Güterbahnhof die Juden in Richtung KZ „umgeladen“ wurden. Noch heute sieht sie die Bilder vor sich. Und oft war sie an der Gedenkstätte, die am Bahnhof Grunewald eingerichtet wurde.

Während der Hitlerzeit stand ihr Mann unter ständiger Kontrolle, mehrmals wurde er von den Nazis verhaftet, aber sie konnten ihm nichts nachweisen. 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, kam auf ein Minensuchboot und war zum Ende des Krieges im Hafen von Tirana in Albanien.

Frau Lux arbeitete und wohnte in dieser Zeit in Berlin, sie erlebte die Bombardierungen und Zerstörungen der Stadt mit, zitterte wie tausende Menschen im Luftschutzkeller und hoffte auf das baldige Kriegsende. Mit der Kapitulation Hitlerdeutschlands waren Hunger, Not und Leid noch nicht vorbei. Aber es war Frieden, langsam normalisierte sich das Leben. Um aktiv am Wiederaufbau teilzunehmen, trat sie noch 1945 in die Kommunistische Partei ein und blieb bis heute ihrer linken Gesinnung treu. Jetzt ist sie das älteste Mitglied der Potsdamer DIE LINKE.

Mit großer Freude konnte sie ihren Mann Hermann am 02. Februar 1946 in die Armee schließen, als er gesund aus der Gefangenschaft nach Hause kam. Er wurde bereits von den Genossen der Kommunistischen Partei erwartet und sofort als gelernter Bankkaufmann in verschiedene Funktionen eingesetzt. 1949 wurde er nach Potsdam beordert und erhielt den Auftrag, die Bau-

erbank in Babelsberg zu übernehmen.

Ihr sehr gewünschtes Kind wurde 1947 noch in Berlin-Schmargendorf geboren. 1951 zog die Familie nach Potsdam um. Die ersten Jahre blieb sie zur Betreuung des Sohnes zu Hause und half bald ehrenamtlich verschiedene Aufgaben im Wohngebiet zu lösen, so zum Beispiel die Verteilung der Lebensmittelkarten und bei der Wohnraumlentung. Später wurde sie zur Vorsitzenden der Ortsparteiorganisation der SED in Babelsberg gewählt.

Als der Sohn zehn Jahre alt war, hielt es sie nicht mehr zu Hause. 1957 begann sie in der Lohnbuchhaltung im Kombinat Kraftverkehr Potsdam zu arbeiten. Bald übernahm sie im Rahmen der Gewerkschaft

auch hier verschiedene Funktionen, so als „Vertrauensmann“ in der Gewerkschaftsgruppe. Später wurde sie in diesem Großbetrieb mit 1.200 Beschäftigten in den Vorstand der Gewerkschaft gewählt, leitete den Frauenausschuss, war für die Verteilung der Ferienplätze verantwortlich und kümmerte sich um das Kinderferienlager des Betriebes. Dreimal erhielt sie den Titel „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ und wurde mit der „Verdienstmedaille der DDR“ ausgezeichnet. Erst nach Erreichen des 66. Lebensjahres ging sie in den wohlverdienten Ruhestand.

Auch ihr Mann erhielt im Laufe seines Berufslebens vielfältige Auszeichnungen, die größte war eine 14tägige Reise für zwei Personen im November 1983 nach Moskau.

In den letzten Jahren seines Lebens erkrankte ihr Mann an Alzheimer, sie pflegte ihn aufopferungsvoll zu Hause bis zu seinem Tod im Oktober 1995.

Während der gesamten Schulzeit ihres Sohnes, von der Einschulung bis zum Abitur, arbeitete sie im Elternbeirat mit. Der Sohn wurde Bauingenieur und seine Frau ist Dr. der Philosophie. Sie haben drei Kinder und bereits zwei Enkel. Die ganze Familie ist sehr bemüht der Mutter, Oma und Uroma helfend zur Seite zu stehen.

Frau Lux sagte zum Abschluss: „Wir waren immer eine gute Familie, und auch jetzt in meinem hohen Alter habe ich stets die Unterstützung meines Sohnes, meiner Schwiegertochter, der Enkelkinder und auch meiner fürsorglichen und hilfsbereiten Nachbarschaft. Mein größter Wunsch ist es, dass es die Natur weiter so gut mit mir meint, und ich in meinen eigenen vier Wänden bleiben kann.“

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: Medienpunkt Potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Ein glücklicher Nachmittag

Unter dem Motto „Give peace a chance“ trafen sich am sonnigen Nachmittag des 25. September auf dem Hof des Flüchtlingsheims am Schlaatz Heimbewohner, Sozialarbeiter, ehrenamtliche Helfer und in- und ausländische Gäste aus den angrenzenden Wohngebieten zum diesjährigen Sommer-(Herbst-)Fest. Ideenreich und mit viel Engagement vorbereitet, wurde es zu einem beeindruckenden Erlebnis für alle, die dabei waren. Die vielen landestypischen Spezialitäten, von den Bewohner liebevoll zubereitet, sowie das reichhaltige Kuchenbuffet, welches die Ehrenamtlichen organisiert hatten, fanden sehr schnell begeisterte Esser. Livemusik kam von der Trommelgruppe der Weidenhof-Grundschule, einer syrische Musikgruppe und einigen Bewohnern. Als selbst zusammengestellte Wunschmusik der verschiedenen Nationen erklang, konnte man auch viele sonst oft sehr lethargisch wirkende Bewohner tanzen sehen. Ein fröhliches Miteinander unabhängig von Herkunftsland und Religion. Die Kinder hatten Spaß auf der Hüpfburg, bei vielfältigen Bastelmöglichkeiten, und nach dem Kinderschminken sah man viele glückliche kleine Seesjung-



frauen und Spidermans. Höhepunkt bildete eine Friedenszeremonie, bei der für alle im Heim lebenden Nationen eine Friedenskerze entzündet und in den verschiedenen Sprachen Friedenswünsche von den Bewohnern gesprochen wurden. Mit Gitarre und Gesang des Beatle Songs „Give peace a chance“ ging es dann rund ums Heim. Mit Tanz und Leckerem vom Grill klang das Fest für alle leider viel zu schnell aus. Es ging schon sehr zu Herzen in so viele

Augen voller Freude zu schauen und die große Dankbarkeit zu spüren über dieses Fest. Wir alle sollten jede Möglichkeit nutzen, nicht nur die Flüchtlinge willkommen zu heißen, sondern auch danach ihnen das Leben bei uns so erträglich wie möglich zu gestalten. Freude und Abwechslung sind das beste Mittel Sorgen und Ängste wenigstens vorübergehend vergessen zu machen.

U. T.

„Eigentlich kommen wir alle aus Afrika“

Das Recht zu kommen und zu bleiben/Argumentationshilfen zum Thema Flüchtlinge

Migration gab es schon immer. Eigentlich kommen wir alle aus Afrika. Menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration. Das Asylrecht in unserer Verfassung, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention, die zum Flüchtlingschutz verpflichten, wurden als Reaktion auf die Grausamkeiten des Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Geflüchtete haben ein Recht zu kommen und ein Recht zu bleiben, dieses Menschenrecht sollten gerade wir Deutschen aus ihrer Vergangenheit gelernt haben. JEDOCH...

Hetzer behaupten: „Asylbewerber sind gefährlich, kriminell und unordentlich.“

RICHTIG IST: Flüchtlinge sind so verschieden wie Menschen eben sind. Auch wenn es immer wieder behauptet wird:

Es gibt keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge häufiger straffällig werden als andere Menschen. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung.

Manche Eigentümer sagen: „Nein zum Heim! Sonst verliert unser Haus an Wert.“

RICHTIG IST: Wohnungen für Flüchtlinge machen es allen Seiten leichter. Massunterkünfte gehen vor allem ihren BewohnerInnen auf die Nerven. Das erzwungene Zusammenleben mit anderen, die räumliche Enge, die mangelnde Privatsphäre, die Ablehnung von außen: Vor dem Hintergrund der Flucht und der unsicheren Lebensperspektive ist das eine enorme psychische Belastung. Schon daher sollten Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden.

Bestimmte PolitikerInnen behaupten, es gäbe eine „Armutseinwanderung in das deutsche Sozialsystem“.

RICHTIG IST: Diese Politiker/innen verdrehen und verschweigen. Menschenrechte zu beachten kostet Geld. Und das können wir uns leisten. Das Problem der Armen ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge der Mehrheitsbevölkerung die Arbeitsplätze wegnähmen, unbegründet. MigrantInnen gründen Firmen, sie sind Ärztinnen oder AltenpflegerIn-

nen und schließen Versorgungslücken. Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Geflüchteten Arme noch ärmer mache, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Geflohene, bekäme ein arbeitsloser Hartz IV Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne würden deshalb nicht steigen, und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Abstieg.

Kaltherrige sagen: „Abgelehnte Asylbewerber sofort abschieben!“

RICHTIG IST: Viele Abschiebungen unterbleiben aus sehr guten Gründen. Wer fordert, die Betroffenen sollten „endlich“ abgeschoben werden, ignoriert – meist böswillig – dass es oft gute Gründe gibt, warum die Abschiebung nicht erfolgt: etwa weil schwerwiegende Abschiebehindernisse vorliegen, z.B. Krankheiten. Oder weil sich Herkunftsstaaten weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen.

Immer öfter akzeptieren Menschen nicht, dass NachbarInnen, MitschülerInnen, SportkameradInnen oder FreundInnen zwangsweise in ein Land abgeschoben werden sollen, in dem ihnen existenzielle Probleme drohen.

Wir brauchen dringend eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Menschen, die es ihnen erlaubt, hier statt einem Leben auf Abruf endlich ein planbares, selbstbestimmtes Leben führen zu können.

-bm/Quelle: „Pro Asyl“

Flüchtlinge heißen wir willkommen

Die aktuellen Geschehnisse in Deutschland schockieren und bestürzen uns. Brandanschläge auf bestehende und zukünftige Flüchtlingsheime werden immer häufiger. Unzählige Parteibüros, insbesondere die der LINKEN, mussten in diesem Jahr Anschläge hinnehmen - die Zahlen sind auch hier nach oben gegangen. Die gesellschaftspolitische Stimmung in diesem Land ist gefährlich.

Dass es auch viele Menschen in diesem Land gibt, die sich für eine gelungene Integration und Willkommenskultur einsetzen, ist nicht genug zu würdigen. Die derzeitige Gewalt und dieser Hass dürfen sich nicht weiter ausbreiten, deshalb gilt es nach wie vor und nun umso mehr, sich dagegen und auch gegen jeden Rechtspopulismus, offen oder verdeckt, auszusprechen — in der Nachbarschaft, auf der Straße, in der Schule, in der Uni, am Arbeitsplatz! Wir verurteilen jegliche Form der Menschenfeindlichkeit, des Rassismus und Antisemitismus. Flüchtlinge heißen wir willkommen!

Gesine Dannenberg, Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam (gek.)

Neue Erstaufnahme-einrichtung für Flüchtlinge in Potsdam

Die neue zentrale Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im Land Brandenburg in der Heinrich-Mann-Allee/Ecke Horstweg wird seit dem 15. September belegt!

Es ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Tagen und Wochen viele HelferInnen benötigt werden. Das Freiland, Friedrich-Ebert-Straße 22 (Tel. 0176/32 53 93 22) koordiniert die ehrenamtlichen Hilfsangebote. Die Service-stelle ToSiP (Tolerantes und Sicheres Potsdam) der Landeshauptstadt Potsdam versucht, die Hilfsangebote bedarfsorientiert zu koordinieren und schnell zu vermitteln.

Unter refugeesinpdm.tumblr.com sind aktuelle Informationen abrufbar.

Als Orientierung für bedarfsgerechte Spenden steht auf der Homepage www.nn-potsdam.de unter dem Button „Bedarf“ eine entsprechende Liste zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ToSiP bitten dringend darum, sich für Angebote ausschließend an dieser Liste zu orientieren.

Zur besseren Organisation wurde zusätzlich die E-Mail-Adresse NNPotsdam@Rathaus.Potsdam.de als Kontakt eingerichtet.

EINWANDERER UND FLÜCHTLINGE ÜBERFORDERN DEN SOZIALSTAAT!

Nein, der Sozialstaat profitiert: Menschen ohne deutschen Pass zahlen mehr in die Sozialkassen ein, als sie an Leistungen erhalten. Allein 2012 betrug der Gewinn

+22.000.000.000 EUR

1945

Lange Brücke wieder hergestellt

„Der Märker“ berichtet am 27. Oktober über die Fertigstellung der am 28.04.1945 gesprengten Längsbrücke: „In gemeinsamer Beratung zwischen der russischen Kommandantur und dem Dezernat Wiederaufbau kam man zu dem Ergebnis, daß die gesprengte Lange Brücke so schnell wie möglich wieder hergestellt werden müßte, um dem ansteigenden Verkehr durch Potsdam gerecht zu werden. Mit geeinten Kräften gingen beide Stellen ans Werk. In 45 Arbeitstagen ist ein Bauwerk entstanden, das nach Gutachten der Sachverständigen 25-30 Jahre dem Verkehr standhalten wird.“

1950

Potsdamer Wahlstatistik

Erstmals finden am 15. Oktober Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen und den Kreistagen nach gemeinsamen Listen der Nationalen Front statt. In Potsdam werden folgende Ergebnisse erreicht: Bereits 12.00 Uhr haben mit 100 % Wahlbeteiligung die Wahlbezirke Infektionskrankenhaus Potsdam, Wildpark West und Kramnitz abgeschlossen. Für die Stadtverordnetenversammlung wurden 60 Abgeordnete gewählt. Für die Kandidaten der Nationalen Front stimmten 89.554 WählerInnen, dagegen 62.

1960

Alle Kräfte für die Kartoffelernte

Im Aufruf des Stadtausschusses Potsdam der Nationalen Front am 19. Oktober zur Teilnahme an der Kartoffelernte heißt es: Nach schweren Regenfällen ist in den nächsten Tagen mit einer weiteren Abkühlung zu rechnen, so dass es jetzt geboten ist, alle Kräfte zur verlustlosen Bergung der Kartoffelernte einzusetzen. Aus den Verwaltungen und Institutionen und aus den Betrieben unserer Stadt werden in den nächsten Tagen 2.000 Erntehelfer aufs Land gehen. Wir rufen die Bevölkerung unserer Stadt auf, besonders unsere nichtberufstätigen Hausfrauen, sich täglich um 8 Uhr vor dem Stadthaus Potsdam zum Kartoffeleinsatz zu melden. Im Zentralen Haus der Jungen Pioniere und im Wohnbezirksklub Babelsberg, Fultonstraße, werden Kindergärten eingerichtet, wo unsere Kleinen während des Einsatzes ihrer Muttis von Fachkräften liebevolle Pflege erhalten.“ (MV, 19. 10. 1960 -rt



25 Jahre deutsche Einheit

Natürlich war es keine Vereinigung, was am 3. Oktober 1990 in Deutschland geschah. Es war ein von Kohl und Co. organisierter und von der Mehrheit der Volkskammer der DDR sanktionierter Anschluss der DDR an die BRD. Wenn am 3. Oktober wieder führende Politiker zu Jubelfeiern anlässlich des „25. Jahrestages der deutschen Einheit“ die Errungenschaften lobten, wäre es eigentlich einmal an der Zeit, die letzten 25 Jahre etwas kritischer zu betrachten.

Was wurde wirklich erreicht?

Unbestritten ist, dass sich das Erscheinungsbild vieler Städte sehr positiv verändert hat sowie Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen instandgesetzt und erneuert wurden. Auch können die ehemaligen DDR-Bürger, was ein Großteil vermisst hatte, heute uneingeschränkt überallhin reisen, vorausgesetzt, man kann es sich leisten. Aber wir mussten auch viel Neues im geeinten Deutschland kennenlernen – Arbeitslosigkeit war etwas völlig Unbekanntes für uns. Dass man sich plötzlich mit aller Kraft durchsetzen muss, kannten wir bisher nicht. Auf einmal wurden ehemalige Kollegen und Freunde zu Gegnern bei der Jobsuche u.a. Das wollten und konnten viele nicht wahrhaben, einige wurden dadurch auch krank und depressiv.

Nach der Euphorie kam der Schock

Als die Treuhandanstalt dann anfing, „Tabula rasa“ zu machen und ein Kombinat bzw. Betrieb nach dem anderen „platt gemacht“ bzw. für eine symbolische Mark verkauft wurde, standen plötzlich Hunderttausende vor dem Nichts. Und dann kamen noch die Alteigentümer, die ihre

Häuser und Grundstücke zurückhaben wollten. Das politisch gewollte System „Rückübertragung vor Entschädigung“ führte dazu, dass plötzlich selbst gebaute oder gekaufte Häuser u.a., welche DDR-Bürger in „Treu und Glauben“ reell erworben hatten, zur Disposition standen. Hier zeigte sich eindeutig, dass der einfache Anschluss der DDR an die BRD und somit deren Rechtssystem ein Fehler war. Anstatt eine neue, gemeinsame Verfassung mit einem Rechtssystem, in dem die Errungenschaften beider Systeme hätten vereinigt werden können, zu schaffen, wurde uns ein Recht vorgesetzt, das auch erhebliche Mängel aufweist. Bei einer echten Vereinigung hätte man die positiven Gesetze, beispielsweise zum Familien- oder Arbeitsrecht der DDR, als gültiges Recht einführen können.

Politisch wollte man eine Annäherung, aber die Realität ...

Nach wie vor gibt es immer noch sehr große Unterschiede zwischen Ost und West. Nicht nur das unterschiedliche Konsumverhalten, welches der größeren Armut und Arbeitslosigkeit im Osten oder auch dem geringeren durchschnittlichen Arbeitseinkommen (das in den letzten 25 Jahren nie mehr als 3/4 des westdeutschen Durchschnitts erreichte), geschuldet ist, sondern auch die Beschäftigungsquote hinkt immer noch der westdeutschen hinterher.

Sieht man sich die vom „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ im Juli 2015 veröffentlichte Studie unter dem Titel „So geht die Einheit“ an, so kommt man zu dem Schluss, dass so wie bisher die Einheit nicht geht. „Das Gebiet der ehemaligen

DDR wird eine Armuts- und Binnenkolonie bleiben, mitten in einem der reichsten Länder der Welt“ (S. Carlens, JW vom 23.7.2015).

Fazit

Dass nicht alles optimal gelaufen ist, sagen selbst führende Bundespolitiker, aber die notwendigen Schlussfolgerungen daraus ziehen? – Fehlanzeige! Noch heute werden viele ostdeutsche Rentner um ihre Lebensleistung gebracht. Dass der ländliche Raum verödet – das sei ostdeutsche Ländersache. Dass es nach wie vor eine hohe Abwanderung der Jugend von Ost nach West gibt, weil man dort bessere Berufschancen hat – das ist nun mal so. Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen. Es gibt aber auch etwas Positives. Das System der Kinderkrippe/Kindergärten wurde jetzt gesamtdeutsch eingeführt, nachdem man es erst verteufelt hatte. Ebenso ist es mit den Polikliniken, nur dass sie jetzt Ärztehaus oder medizinisches Versorgungszentrum heißen.

Ein Ziel der bundesdeutschen Wendepolitik ist auf jeden Fall gescheitert: Die DDR aus dem Gedächtnis der Bürger auszulöschen, ist fehlgeschlagen.

Nicht nur die Generation, die als Erwachsene die DDR bewusst erlebt und mitgestaltet hat, erinnert sich oft daran, auch deren Kinder haben sehr positive Erinnerungen. Neulich sagte eine 35-jährige Frau: „Wir hatten zwar kein Farbfernsehen, keinen Mercedes und keine Coca Cola – aber wir hatten eine glückliche Kindheit mit Ferienlager und so, und meine Eltern hatten immer Arbeit.“

– am/aus „Märkische LINKE, OPR

Potsdam und seine Nachbarn

Engere Kooperation mit dem Stadt-Umland-Wettbewerb – Potenziale erschließen

Die LINKEN in Potsdam und auf Landesebene haben sich seit langem für die Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit eingesetzt. Die rot-rote Landesregierung hat jetzt ein Programm aufgelegt, das Fonds aus EU- Mittel miteinander koppelt und damit eine Chance bietet, diese Ziele unter einem Dach zu vereinen. Umso mehr freuen wir uns, dass die Landeshauptstadt sich an diesem Stadt-Umland-Wettbewerb mit aller Kraft beteiligt. Dabei geht es um die Konzentration von Ressourcen durch interkommunale und regionale Kooperation.

Gemeinsam mit den Gemeinden Dallgow-Döberitz, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf und Wustermark und mit der Stadt Werder/Havel wird sich Potsdam an dem Wettbewerb des Landes Brandenburg beteiligen. So hat es die Stadtverordnetenversammlung im September beschlossen.

Mit dem Wettbewerbsbeitrag „potsdam.und.partner: gemeinsam.natürlich.verbunden“ werden zukünftige Herausforderungen aufgegriffen, die größte Chancen und Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung aller sich beteiligenden Partner haben. (Siehe dazu auch: DS 15/SVV/0583 über www.rathaus.potsdam.de)

Gemeinsam wurden drei Themenbereiche benannt, die dann mit Einzelmaßnahmen unteretzt werden:

- Nachhaltige Mobilität durch den Ausbau von Radschnellrouten, Radergänzungsrouten, der Park&Ride-Angebote und des innovativen Verkehrsmanagements

- Energie- und CO₂-Reduzierung durch innovative Energieversorgungssysteme, regionales Verkehrsmanagement, regenerative Wärmeversorgung, Umsetzung des Energiekonzeptes am Konversionsstandort Krampnitz und den Aufbau dezentraler energieeffizienter Nahwärmenetze

- Erhalt und Stärkung von Natur- und Kulturlandschaften durch Stärkung der biologischen und natürlichen Vielfalt in der Döberitzer Heide, die Verbesserung der Erreichbarkeit und Erlebbarkeit der Döberitzer Heide, durch Altlastenbeseitigung und Geländeaufbereitung, die Stärkung der Obstbauregion Potsdam-

Werder und der Natur- und Kulturlandschaft im Potsdamer Norden.

Diese Aufgabenstellungen stehen angesichts der dynamischen Entwicklung der Stadt Potsdam und der Nachbarkommunen ohnehin auf der Tagesordnung. Wir brauchen eine Stärkung der Städte, mit der zugleich das Umland in seiner Funktionalität aufgewertet wird. Beides zusammen zu bringen, erfordert konzeptionelle Anstrengungen und die Gewinnung von Partnerinnen und Partnern. Wir wissen, dass es Stadt und Umland nicht immer leicht miteinander haben. Für den Erfolg kann nur garantieren, wer dafür sorgt, dass alle potentiellen Beteiligten mit einander kooperieren.

Vielleicht trägt dieses Miteinander der Stadt Potsdam und der benachbarten Städte bzw. Gemeinden in diesem Wettbewerb auch dazu bei, dass künftig Anträge der

LINKEN, die überregionale Zusammenarbeit zum Gegenstand haben, in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr so einfach abgelehnt werden. Noch im April 2015 ist das unserem Vorschlag, bei der Erarbeitung des Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam in Konsultation mit Potsdam-Mittelmark den Aspekt einer engen Kooperation zu beachten, widerfahren. Auch hier gilt: Irrendwann setzt sich Verunft doch durch!

*Dr. Karin Schröter
stellv. Fraktionsvorsitzende*



Sicherung von Dauerkleingärten

Eine Reihe von Kleingartenanlagen ist nicht ausreichend baurechtlich gesichert, stellte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in seiner Antragseinbringung auf der SVV-Sitzung am 9. September 2015 fest. Die Verwaltung hatte bereits im April den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr darüber informiert, dass der Flächennutzungsplan allein kein ausreichendes Instrument ist, um die Kleingartenentwicklungskonzeption der Stadt durchzusetzen. Erst die Festsetzung bestimmter Flächen im Bebauungsplan sichert die Flächen für Dauerkleingärten. Weitere konzeptionelle Sicherungen, wie beispielsweise die planungsrechtliche Veränderungssperre für bestimmte Gebiete, kann Kleingärten künftig vor Rechtsstreitigkeiten schützen oder schleichende Umwandlungen vor Festsetzung als Dauerkleingärten im B-Plan wirksam verhindern. Im Antrag wird der Oberbürgermeister beauftragt, kurzfristig einen bzw. mehrere Aufstellungsbeschlüsse zur planungsrechtlichen Sicherung aller Dauerkleingärten in Potsdam entsprechend Flächennutzungsplan und Kleingartenentwicklungskonzeption für alle die Flächen einzubringen, die sich nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden. Weiterhin wird der Auftrag erteilt, ein Konzept zur dinglichen oder vertraglichen Sicherung aller der Sparten zu erarbeiten, deren Bestand infolge der Eigentumsverhältnisse gefährdet ist oder gefährdet sein könnte. Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2015 über den Stand der Umsetzung der Aufträge zu berichten. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Schulsozialarbeit – Aufbruch in eine neue Ära

„Schulsozialarbeit soll künftig als Regelangebot an jedem Schulstandort Potsdams vorhanden sein.“ Für diese Prämisse hat DIE LINKE in der SVV jahrelang vergeblich gekämpft. Nun ist sie eine der Kernaussagen des im September in der SVV beschlossenen Gesamtkonzeptes. Und nicht nur das - es wurde mehr erreicht.

Rückblende: Die Trennung der inhaltlichen Verantwortlichkeiten zwischen Schulen (Land) und Jugendhilfe (Kommune) hat auch in Potsdam zu einem häufig unproduktiven Nebeneinander beider Welten geführt. Unter anderem darum hatte der damalige Jugendamtsleiter Norbert Schweers Ende 2012 vorgeschlagen, Schulsozialarbeit künftig in Jugendklubs anzusiedeln. Damit wollte er auch das immense Missverhältnis von 10 Schulsozialarbeitern für 42 Schulen kaschieren. Dieser Affront gegenüber Schulen und Jugendhilfeträgern

geriet aber zur Initialzündung eines beinahe zjährigen intensiven Dialogprozesses zwischen den Systemen.

Das daraus entstandene Konzept ist getragen von der Prämisse, dass eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Systemen unabdingbar ist - arbeiten sie doch mit denselben Kindern und Jugendlichen. Deswegen beschreibt es für alle denkbaren Schnittstellen, etwa an den Übergängen von der Kita zur Grundschule oder in den Hort, bei Hilfen zur Erziehung, Schulverweigerung, Schulsozialarbeit und gemeinsamen Projekten der offenen Jugendarbeit verbindliche Regeln und Verfahren der Zusammenarbeit.

Neben der Etablierung von Schulsozialarbeit an allen Schulen ist auch ein Kommunales Förderprogramm für gemeinsame Projekte Bestandteil des Konzeptes. Perspektivisch soll außerdem ein Potsdamer

Bildungsatlas als Online-Plattform Schulen und Trägern die Orientierung im Angebotsdschungel erleichtern.

Alles gut also jetzt? – Nein. Das Konzept ist eine Zieldefinition. Es muss finanziert und mit Leben erfüllt werden. Zum Schuljahr 2016/17 werden zunächst fünf zusätzliche Schulsozialarbeiter ihren Dienst antreten. Damit ist die Lücke noch längst nicht geschlossen. Eine Anschubfinanzierung für das Projektförderprogramm ist in Sicht, Kontinuität muss auch hier erst geschaffen werden. Wir stehen also am Anfang eines GUTEN Weges.

Stefan Wollenberg

(Der Autor ist bildungspolitischer Sprecher der LINKEN in der SVV. Er hat als einziger Vertreter der SVV in der Koordinierungsgruppe die Erarbeitung des Gesamtkonzeptes in den letzten drei Jahren begleitet)

Gemeinsam für neue Ideen in der Stadtentwicklung

Am 27. August fand im Landtag ein Treffen von Anita Tack mit der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ statt. Ziel war in erster Linie das gegenseitige Kennenlernen und die Vernetzung, um mit neuen Ideen zu einem Umdenken in der städtebaulichen Entwicklung von Potsdam Mitte, insbesondere die Entwicklung und Gestaltung des Areals zwischen Landtag und Platz der Einheit beizutragen.

Die Initiative setzt sich u.a. für den Erhalt des Gebäudes der Fachhochschule ein und hat ein Konzept für dessen Nachnutzung entworfen.

Während des Treffens kamen auch andere Probleme der Potsdamer Stadtentwicklung zur Sprache, wie der Erhalt des Hotels „Mercure“, die Zukunft der Biosphäre und des ehemaligen Restaurants „Minsk“.

Es wurde vereinbart, sich gegenseitig über Aktivitäten zu informieren, einzubeziehen und themenbezogen konkrete Verabredungen z.B. zur Verknüpfung von Stadt- und Landespolitik zu treffen. Die Initiative hat angekündigt, alle Fraktionen der SVV zu besuchen.

Patientenberatung muss unabhängig bleiben!

Die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz a.D., Anita Tack, erklärt zur Zukunft der Unabhängigen Patientenberatung (UPB): In Potsdam befindet sich eine der bundesweit 21 Beratungsstellen. Sie ist eine gute Adresse, um vielen Patientinnen und Patienten Beratung und Hilfestellung zu geben, ausgestattet mit umfassend qualifiziertem und zuverlässigem Personal. Die UPB sichert mit ihrer Tätigkeit einen wirklich unabhängigen gesundheitlichen Verbraucherschutz in Brandenburg.

Nun soll die UPB privatisiert werden. Das Vergabeverfahren ist abgeschlossen. Den Zuschlag soll eine Firma Sanvartis aus Duisburg/NRW erhalten, die gleichzeitig ein Call-Center für Krankenkassen betreibt. Damit würde das Recht der Patientinnen und Patienten auf eine unabhängige und effektive Beratung nachhaltig verletzt werden.

Im Jahr 2011 haben sich die Länder und der Bund schon einmal stark gemacht für die Fortführung der Finanzierung für die UPB und des Sozialverbandes VdK Deutschland.

Jetzt soll es das Aus geben. Das muss verhindert werden! Die Bundesvergabekammer hat jetzt die Chance dazu, eine Entscheidung zu Gunsten der UPB und ihrer Beratungsstellen zu treffen.

Ein ganzer Bus voller neuer Gäste...

Groß Glienicker Dorffest ein bisschen bunter – Flüchtlinge reihten sich in die Festgäste ein

Es war ein besonderes Dorffest in diesem Jahr: Auf den ersten Blick war alles wie sonst auch. Ein Programm von der Bühne mit dem Carnival-Club Groß Glienicke mit Schülergruppen, Swinging Glienicks und Imchen Combo aus Kladow, mit vielen Ständen für Kaffee, Kuchen, Imbiss und Getränken, mit Spielstätten für Kinder und Info-Ständen ortsansässiger Unternehmen, von Fördervereinen.

Auch die Talk-Bühne war nicht neu, auf der z. B. der Marktleiter des REWE-Marktes am Kreisel auf die Fragen von Ortsvorsteher Winfried Sträter antwortete. Und dann kam ein ganzer Bus voller neuer Gäste: Villenpark-Investor Wolfgang Steuten hatte mit einem Bus-Shuttle dafür gesorgt, dass mehr als 60 Flüchtlinge aus der Waldsied-



Das Festgelände war dicht gefüllt.



Gemeinsam wurde auch getanzt.

lung unkompliziert zum Dorffest kommen konnten. Und er hatte auch in seinem Deutschunterricht die ausländischen Gäste mit den gängigen Floskeln für die Bestellung von Imbiss und Getränken ausgerüstet. Auf einmal waren sie da, erwartet auch vom Internationalen Bund, der die Unterkunft betreibt und am Stand des Ortsbeirates für Informationen zur Verfügung stand. Nach kurzen Begrüßungsworten in deutsch und arabisch sprach die Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger, die den Oberbürgermeister vertrat und für die

Flüchtlingsunterbringung zuständig ist. Groß Glienicke handele beispielgebend bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die Nachbarschaftsinitiative und das Engagement von Wolfgang Steuten setzten Zeichen, wie man mit der Herausforderung umgehen kann.

Auch bei der Andacht zu Beginn des Festes hatte eine verlesene afrikanische Geschichte über Vögel, deren verschiedener Gesang nur in der Gemeinschaft vollkommen schön ist, in dieser Richtung zum Nachdenken angeregt. -rd

„Was jetzt zählt, ist Integration, Integration und Integration“

Gegen die rassistischen Forderungen der AfD — Refugees Welcome

Für den 23. September 2015 hatte der AfD-Landesverband Brandenburg zu 8 Uhr morgens zu einer Kundgebung vor dem Fortuna-Portal (Alter Markt) gegen die „verfehlte Asylpolitik“ aufgerufen. Neben Forderungen nach „zentralen Auffangzentren“ und „Rückführungszentren“ geht es der AfD um eine abstrakte Beendigung des „Asylchaos“ und die Wiederherstellung des „Rechtsstaates“. „Dass dahinter rechtspopulistische Stimmungsmache und ein zum Teil rassistisches Weltbild steckt, ist offensichtlich. Das alles werden wir nicht unwidersprochen lassen!“, so reagierte u. a. die Linksjugend [solid] Brandenburg mit ihrem Aufruf zu einer Gegendemo. Dem schlossen sich DIE LINKE,

die Grünen und weitere Organisationen an, um gemeinsam gegen Rassismus und AfD ihre Stimme zu erheben!

Das Ergebnis konnte sich sehen und hören lassen: Rund 250 Menschen stellten sich mit Trillerpfeifen und „Haut ab“-Rufen AfD-Landeschef Alexander Gauland und seinen etwa 80 Gefolgsleuten entgegen. Gauland, der auch Fraktionsvorsitzender ist, forderte u. a. die Landesregierung auf, Asylbewerber ohne Chance auf Anerkennung schnell abzuschubsen.

Die Kundgebung vor dem Landtag fand im Rahmen der so genannten „Herbst-Offensive“ der AfD statt, die unter dem Motto „Asylchaos beenden“ läuft. Die anderen im Landtag vertretenen Parteien hatten die außerparlamentarische Demo der AfD vorab sowie auf der anschließenden Landtagssitzung scharf kritisiert.

Ministerpräsident Dietmar Woidke be-



tonte später in seiner Regierungserklärung im Landtag: „Was jetzt zählt, ist Integration, Integration und Integration.“ „Flüchtlinge und Asylbewerber gehören mitten in unsere Gesellschaft, Tür an Tür mit Brandenburgerinnen und Brandenburgern“, sagte Woidke weiter. „So kann Integration gelingen – und daran müssen wir arbeiten.“ Ralf Christoffers, Fraktionschef der LINKEN, erklärte: „Die Flüchtlingssituation ist eine fordernde, aber sie überfordert uns nicht - sie zwingt uns dazu, Entscheidungen schneller zu treffen.“



Mitsreiter in den Reihen der AfD: Leute von der „BraMM“. Federführend in der BraMM sind Mitglieder und SympathisantInnen der Partei „Die Republikaner“.

Sommerfest zum 26. Mal

Kurz vor Beginn des 26. Sommerfestes der LINKEN im Potsdamer Lustgarten packte eine kalte Sturmböe einige Marktstände und warf sie um. Freidenker, die Friedenskoordinations-Aktivistinnen und andere flüchteten unter die Treppe zum Mercure. Andere Stände wurden schnell im Boden „verankert“ – es konnte also losgehen. Obwohl das Wetter es den ganzen Nachmittag nicht so gut meinte, konnten doch die Organisatoren rund 1.800 Besucher zählen.

Wichtigste Höhepunkte waren auch in diesem Jahr die Talkrunden. Schließlich waren neben Gästen aus der Landespolitik auch Potsdams OB Jann Jakobs im Gespräch mit Hans-Jürgen Scharfenberg sowie der erste linke Ministerpräsident Deutschlands, der Thüringer Bodo Ramelow, avisiert.

Den Beginn markierte die Runde der linken Landespolitiker mit Christian Görke, Finanzminister

und Stellvertretender Ministerpräsident Brandenburgs, Andrea Johlige und Volkmar Schöneburg.

Eigentlich kein Streitgespräch war das locker-fröhliche Agieren von Jakobs und Scharfenberg. Beide Politiker waren sich einig in der Flüchtlingspolitik und in wohnungspolitischen Fragen. Nur beim Punkt „Zukunft des Mercure“ kamen ihre gegensätzlichen Standpunkte zum Tragen. Keine definitiven Antworten kamen von ihnen auf die Frage, ob Beide zur nächsten OB-Wahl noch einmal gegeneinander antreten würden.

Dicht gefüllt waren dann auch alle Sitzreihen, als Anita Tack (MdL) mit Bodo Ramelow auf der Bühne war. Und auch bei dieser Runde stand die Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt. Musste doch Ramelow gleich nach seinem gelungenen Auftritt in Potsdam zurück nach Thüringen, wo er am Abend in Saalfeld 570 Flüchtlinge begrüßte.



Bedingungsloses Grundeinkommen – pro und contra

Ortsverband Mitte veranstaltete wieder „Potsdamer Stadtgespräche“ im „11-line“

Am 08. September fand im Galeriercafé „11-line“ um 18 Uhr die bewährte Diskussionsrunde „Potsdamer Stadtgespräche“ zum Thema „bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)“ statt. Eingeladen als kompetente sachkundige Gesprächspartner waren Ringo Jünigk (Sprecher LAG BGE) sowie Ralf Krämer (VERDI, ehemals Bundesvorstand unserer Partei). Zur Diskussion waren auch Sympathisanten der LINKEN, SPD-Mitglieder, GenossInnen aus anderen Ortsverbänden und sogar eine Genossin aus Brandenburg erschienen. Nach einer kurzen Einführung vom Ortsverbandsvorsitzenden Ralf Dzykowski, erläuterte Ringo Jünigk das Anliegen des BGE wobei folgende Anliegen bei ihm im Vordergrund standen: Es gehe um die Würde des Menschen, denn Arbeit

ist nicht nur Erwerbsarbeit. ALG II-Bezieher werden zu Bittstellern. Durch BGE käme es zu mehr Gerechtigkeit.

Anschließend führte Ralf Krämer seine Argumente dagegen aus: BGE verkürze gesellschaftliche Probleme auf das Thema Einkommen, denn Eigentumsverhältnisse werden nicht in Frage gestellt. Armutsbekämpfung gehe auch durch sanktionsfreie Mindestsicherung.

In der anschließenden lebhaften Diskussion gab es kontroverse Meinungen. Zum Beispiel: Eine Wertedebatte wäre in Deutschland nötig, Banker und Versicherungsvertreter sind im Ansehen ganz unten, aber im Gehalt führend. Fakt sei: Solange es das Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, wird die Ausbeutung nicht be-

seitigt. Die Hoffnung, durch das BGE gleichsam durch die Hintertür den Kapitalismus zu beseitigen, wird sich nicht erfüllen.

Ralf Dzykowski fasste seine Meinung zusammen: „Das BGE erfordert, das Gewinn- und Vermögenseinkommen stärker besteuert werden müssen, diese Mittel sollen aber nicht gesellschaftlichen Zwecken zugeführt, sondern privatisiert werden. Unser jetziger Kampf muss darum gehen, die inhumanen Sanktionen von Hartz IV zu überwinden, die Sätze an die Masseneinkommen zu binden, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu überwinden.“

Andere TeilnehmerInnen äußerten andere Meinungen, die Diskussion wird also weiter gehen.

-rd

Grundlagenkurs zur politischen Bildung

Die Bundeszentrale DIE LINKE hat einen Grundlagenkurs zur politischen Bildung „Lernplattform die LINKE 1.3“ aufgesetzt, in dem grundlegendes Wissen aus den Gebieten

A. Mensch und Gesellschaft

B. Kritik der Politischen Ökonomie

C. Politische Theorien und Bewegungen

aus marxistischer Sicht vermittelt wird.

Der Kurs besteht aus der Kombination von vier Wochenendseminaren mit einem internetbasierten Fernstudium, das ein wöchentliches Selbststudium von mindestens drei Stunden erfordert. Als Ergänzung dazu werden Regionalkurse angeboten, die inhaltlich auf dem internetbasierten Fernstudium aufbauen, statt der auswertenden Wochenendseminaren aber monatliche Auswertungen und Diskussionen in regionalen Gruppen vorsehen. Grundlage des Kurses sind Ausschnitte aus Schriften von Wissenschaftlern zu o.g. Themen, aber auch Video- und Audio-Dateien zur Unterstützung. Im Raum Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow hat sich eine solche Regionalgruppe gebildet, aber z.B. auch in Hamburg. Sollten sich genügend Interessenten dafür finden, wäre die Gründung einer solchen Gruppe auch in Potsdam denkbar. Alle, die daran Interesse haben, und dies über den Zeitraum von einem Jahr durchziehen möchten, melden sich über e-mail (dzykowski@kabelmail.de). Beginnen könnten wir ab Januar 2016.

Wichtige Schritte für bessere Luft in Potsdam

Zum der Stadtverordnetenversammlung am 9.9.2015 vorliegenden P+R-Konzept für Potsdam erklärte die Potsdamer Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: Das nunmehr vorgelegte P- und R-Konzept ist ein wichtiger und richtiger Schritt hin zu verbesserten Möglichkeiten für Pendlerinnen und Pendler, auf umweltfreundliche Alternativen, wie Busse um Bahnen umzusteigen. Diese Vorgehensweise stärkt die Kooperation zwischen Potsdam und dem Umland, was im gegenseitigen Interesse dringend erforderlich ist und zu mehr Akzeptanz für die Verkehrspolitik in der Bevölkerung führt.

Die zügige Umsetzung des Konzeptes wird zu weniger Lärm-, Feinstaub- und Abgasbelastungen beitragen – hin zu einer verbesserten Lebensqualität an den belasteten Hauptstraßen. Es sollte so schnell wie möglich mit ausreichenden Finanzen ausgestattet und umgesetzt werden.

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Mit einer bundesweiten Großdemonstration werden wir am 10. Oktober in Berlin ein kraftvolles Zeichen setzen. Wir werden deutlich machen, dass gesellschaftliche Errungenschaften wie Umweltschutz, Verbraucherschutz und ArbeitnehmerInnenrechte unverhandelbar sind. Auch eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft und die kulturelle Vielfalt sind Werte, die es zu schützen und auszubauen gilt.

Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir fordern:

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Mehr Informationen zur Demonstration & Aufruf: ttip-demo.de/home



Amboss oder Hammer – Gespräche über Kuba

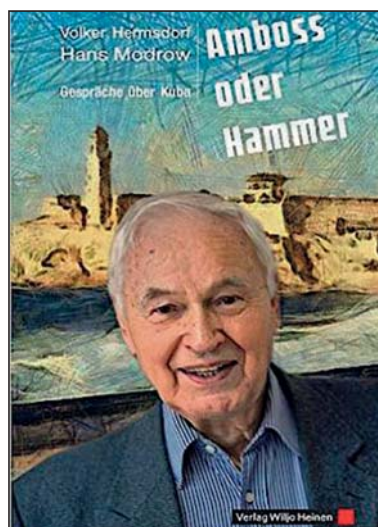
In monatelangen Gesprächen tauschten der ostdeutsche Politiker Modrow und der eine Generation jüngere westdeutsche Journalist Hermsdorf ihre unterschiedlichen Erfahrungen in und Sichtweisen über Kuba aus. Das vorliegende Buch gibt einen Teil davon wieder.

Es ist zugleich Zeitdokument, Moment-

aufnahme und eine unverzichtbare Informationsquelle für alle, die sich ein Bild von den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu Kuba in den letzten 45 Jahren, dem gegenwärtigen Aktualisierungsprozess der Karibikinsel und dessen Bedeutung für die Perspektiven des Sozialismus machen wollen.

Über die Autoren: Hans Modrow, ehemaliger DDR-Ministerpräsident, ist der deutsche Politiker mit der längsten und differenziertesten Kuba-Erfahrung. Modrow sieht Kuba als Beispiel dafür, dass eine andere Welt möglich ist. Im dortigen revolutionären Prozess sieht er auch eine Chance, den Sozialismus wieder als realistische Alternative zur verfallenden kapitalistischen Ordnung zu präsentieren. Volker Hermsdorf, Journalist, verbringt seit einigen Jahren mehrere Monate pro Jahr in Havanna und berichtet von der Insel, die ihm mittlerweile zur zweiten Heimat geworden ist.

Volker Hermsdorf / Hans Modrow: „Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba.“ Verlag Wiljo Heinen, Januar 2015, Taschenbuch, 429 Seiten, ISBN-10: 3955140202 / ISBN-13: 978-3955140205



Potsdam bewegt:

Ausstellung „Olympisches Gold für Potsdam – Walk of Fame des Sports“

Die Fotoausstellung aller 52 Potsdamer Olympiasieger, zieht wie ein Staffellauf durch die Landeshauptstadt. Nächstes Ziel: Bildungsforum. Mit dem Einzug ins „Klügste Haus der Stadt“ präsentiert die Stadt- und Landesbibliothek (SLB) vom 22. September bis 13. Oktober eine Auswahl der Ausstellung – eine weitere Etappe zum realen „Walk of Fame“, der auf dem Gelände des Sportparks Luftschiffhafen realisiert werden soll. Geehrt werden dort alle Medaillengewinnerinnen und Medaillengewinner bei Olympischen Spielen, die für einen Potsdamer Verein an den Start gegangen sind.

Umgesetzt wird das Projekt vom Stadtsportbund Potsdam e.V. mit Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam und der Sportpark Luftschiffhafen GmbH. Das Projekt soll durch Spenden finanziert werden. Alle Sportfans sind aufgerufen, den „Walk of Fame“ zu unterstützen. Die Spender werden auf einer Stele verewigt.

Spendenkonto: Stadtsportbund Potsdam e. V.

IBAN: DE56 1605 0000 3503 2226 41

BIC: WELADED 1PMB

Betreff: Walk of Fame

Weiterführende Informationen auf www.potsdam.de/potsdambewegt.

SUDOKU

Auflösung September

	9		5	2				
			9					3
		2			8			
2			5	3	7		4	
5			2		8			9
	7		6	9	4			2
		4				1		
9					3			
			7	2			6	

1	3	4	8	2	6	9	7	5
6	7	8	3	9	5	4	1	2
9	2	5	7	4	1	8	3	6
4	9	2	5	8	7	3	6	1
8	6	7	2	1	3	5	4	9
5	1	3	4	6	9	7	2	8
7	8	6	1	5	4	2	9	3
2	4	1	9	3	8	6	5	7
3	5	9	6	7	2	1	8	4

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Mittwoch, 07.10.2015, 19.00 Uhr: „Sie werden nicht durchkommen“ - Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution. Buchvorstellung und Gespräch mit Harald Wittstock. Ort: Antifaschistische Bibliothek „Fritz Teppich“, Potsdam, Friedrich-Engels-Str. 22, freiland (Haus 1).*

Donnerstag, 08.10.2015, 13 – 18.00 Uhr: 25 Jahre demokratischer Aufbruch in Brandenburg – 25 Jahre Verantwortung der LINKEN in Opposition und Regierung. Gemeinsame Veranstaltung mit der Michael-Schumann-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg; Raum 2.050, Sitzungsraum der Fraktion DIE LINKE Alter Markt 1, Landtag Brandenburg. Um Anmeldung wird gebeten.*

Sonntag, 11.10.2015, 10.00 Uhr: Frühschoppen Rathausreport Live. Ort: Bürgerinitiative Waldstadt e.V. (BIWA), Saarmunder Straße 44,

Montag, 12.10.2015, 14.30 Uhr: „Unser Planet - die Erde von oben betrachtet (1) - die Vielfalt der Arten“**

Sonabend, 17.10.2015, 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“ Livekonzert mit dem Duo „Turlough“. **

Montag, 19.10.2015, 14.30 Uhr: „Unser Planet - die Erde von oben betrachtet (2) - die Erde und ihre Ressourcen“**

Dienstag, 20.10.2015, 14.00 Uhr: „Ene, mene, muh - und raus bist du -

ein fröhlicher Rätsel-Nachmittag mit Spiel und Spaß“**

Dienstag, 20.10.2015, 18.00 Uhr: „Der Dichter, der nicht realistisch ist, stirbt. Aber der Dichter, der nur realistisch ist, stirbt auch.“ (Pablo Neruda) Lesung und Gespräch zum 100. Geburtstag der Schriftstellerin Irma Harder.*

Freitag, 23.10.2015, 18.00 Uhr: GebrauchsWerte Medien. Meinungsmacht für Kriegseinsätze – die Medien am Gängelband der Eliten? Vortrag und Diskussion mit Dr. Uwe Krüger (Universität Leipzig)*

Montag, 26.10.2015, 14.30 Uhr: „Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil XII – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“**

Dienstag, 27.10.2015, 14.30 Uhr: „Die Besteigung des Kilimanjaro“ – Eine fotografische Reise auf den höchsten Berg Afrikas.**

Dienstag, 27.10.2015, 18.00 Uhr: Neues Denken für eine ländliche Zukunft. 5. Dienstagsgespräch zu aktuellen politischen Themen gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag. Ort: Landtag, Raum 2.050, Sitzungsraum d. Fraktion DIE LINKE.*

Donnerstag, 29.10.2015, 18.00 Uhr: „Es tut mir leid: Ich bin wieder ganz Deiner Meinung“ – Wolf Jobst Siedler und Ernst Engelberg: Eine unwahrscheinliche Freundschaft. Lesung und Buchvorstellung mit Dr. Achim Engelberg, Moderation: Dr. Detlef Nakath.*

Donnerstag, 29.10.2015, 18.00 Uhr: OV Potsdam-Mitte/OT Nord tagt in der LINKEN-Geschäftsstelle, Dortustraße

Freitag, 30.10.2015, 18.00 Uhr: 25 Jahre dfb – Festwoche im STERN*Zeichen, Potsdam, Galileistraße 37-39. Aus Burg (bei Magdeburg): Musikalisch-satirisches Kabarett mit: „Bringt Schilder mit“.

Dienstag, 03.11.2015: Gesamtmitgliederversammlung OV Potsdam-West. Ort: Da-Vinci-Schule

* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr.53

** Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee, Zentrum-Ost